

Nr. 6579 13

1994 -05- 04

II- 13537 der Beilagen zu den Stenografischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

## ANFRAGE

der Abgeordneten Scheibner, Dolinschek  
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend Auswirkungen der Beschäftigungssicherungsnovelle 1993

Mit Wirkung vom 1. August 1993 wurde durch die Beschäftigungssicherungsnovelle 1993 in § 2 Ausländerbeschäftigungsgesetz eine strengere Abgrenzung bewilligungspflichtiger unselbständiger Arbeitsverhältnisse von selbständiger und damit nicht bewilligungspflichtiger Arbeit eingefügt. Diese Änderung wurde notwendig, nachdem vermehrt öffentlich bekannt wurde, daß Arbeitgeber durch die Gründung von Gesellschaften, bei denen etliche Ausländer Gesellschafter wurden, aber keinen Einfluß auf die Geschäfte hatten sondern faktisch die Stellung eines Arbeitnehmers einnahmen, das Ausländerbeschäftigungsgesetz umgangen hatten.

Um die Effektivität der Neuregelung zu überprüfen, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

### Anfrage:

1. Welche Auswirkungen der Beschäftigungssicherungsnovelle 1993 auf die Gründung von Gesellschaften mit Ausländern zur Umgehung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes konnten Sie bisher feststellen?
2. Wieviele derartige Gesellschaften waren vor dem Inkrafttreten der Beschäftigungssicherungsnovelle in der Arbeitsmarktverwaltung bekannt und wieviele ausländische Arbeitnehmer waren auf diese Art ohne Beschäftigungsbewilligung in Österreich tätig?
3. Wie wurden diese Gesellschaften seit der Novelle umgestaltet?
4. Sind mittlerweile andere Umgehungsmethoden bekanntgeworden?
5. Wenn ja, wie hoch schätzen Sie die Zahl der dadurch unter Umgehung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes in Österreich unselbständig tätigen Ausländer?